



Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Kurswechsel für ein soziales Europa

Die Forderungen der IG Metall

Rede zum Europapolitischen Tag der IG Metall am 28. Mai 2015 in Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Olivier,

danke für deine Begrüßung und die Gastfreundschaft, die du uns heute hier im historischen Gebäude des Deutschen Metallarbeiter-Verbands gewährt. Wer es nicht weiß, das ist der Vorläufer der IG Metall, der am 2. Mai 1933 von den Nazis enteignet und fast widerstandslos zerschlagen wurde. In diesem Haus war dann die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterfront untergebracht. Der jüdische Architekt, Erich Mendelsohn, floh nach England, später nach Kalifornien. Das Haus ist damit ein Abbild der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es ermahnt uns, bewusst mit der deutschen – auch unserer eigenen Vergangenheit - umzugehen.

Auf den ersten Blick hat es nichts mit unserem Thema Europapolitik zu tun, aber ich möchte etwas loswerden.

In kaum einem Land der Welt sitzen so viele Unternehmen, denen eine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen angelastet wird. Ich spreche nicht von nordkoreanischen oder kolumbianischen Unternehmen. Ich spreche von deutschen Unternehmen. Das sagt uns eine Erhebung der Universität Maastricht über 1.800 Menschenrechtsbeschwerden. Am schlimmsten sind amerikanische Unternehmen mit 511 Beschwerden. Dann kommen mit Großbritannien und Kanada weitere westliche Länder. China verzeichnet 94 Beschwerden. Und dann kommen schon 87 deutsche Unternehmen, deren Bezug von Primärrohstoffen aus anderen Ländern massiv die Gesundheit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dort schädigt und regelmäßig zu massiven Menschenrechtsverletzungen führt.

Das überrascht hier einige im Saal, das hat auch mich überrascht.

Es zeigt mir, dass wir Gewerkschaften, aber auch die Politik, noch viel zu tun haben, um Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Ohne starke Gewerkschaft und betriebliche Interessenvertretung sind die Beschäftigten oft der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt. Das gilt weltweit.

Was wir in Deutschland vielleicht noch hinbekommen, weil wir ja sogar Mitglieder dazu gewinnen, ist in anderen Ländern längst in Frage gestellt. Das gilt auch für die Länder der Europäischen Union.

Dort hat, insbesondere in den Krisenländern, ein massiver Eingriff in die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Gewerkschaften stattgefunden. Von einem Europa mit sozialem Antlitz kann da nicht mehr die Rede sein. Wir erleben deshalb in unseren Reihen eine zunehmend kritische Haltung gegenüber Europa. Dies stellt eine Gefahr für das Gelingen der Europäischen Union dar.

Wir verstehen uns als kritische Pro-Europäer. Unsere Kritik richtet sich nicht an das „europäische Projekt“, sondern an die Europäische Kommission und den Rat, die das soziale Europa offensichtlich nicht politisch durchsetzen wollen. Wer das soziale Europa aber nicht will oder schon abgeschafft sieht, der bekommt Widerstand der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Aber ohne die Unterstützung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird es keine weitere Integration Europas geben.

Wir erwarten von der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker nicht weniger, dass sie Ankündigungen einhält. Der Menschen muss in den Mittelpunkt gestellt werden, soziale Errungenschaften müssen Vorrang vor Profitgier haben!

Was heißt das für uns Gewerkschaften?

Wer die Gewerkschaften in Europa schwächt, schwächt die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Wer die Gewerkschaften in Europa schwächt, sorgt auch

dafür, dass den Menschen ein existenzsichernder Lohn verwehrt wird. Wer die Gewerkschaften schwächt, öffnet das Tor für schlechte Arbeitsbedingungen.

Schwächt die Europäische Kommission und andere EU-Institutionen die organisierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, frage ich sie?

Ich gebe ihnen **drei Beispiele** und sie beantworten dann die Frage für sich selbst. Es geht hier um offene Kritik, aber auch um ein Gesprächsangebot.

Das erste Beispiel betrifft die sogenannten Strukturreformen in der Arbeitswelt. Die Europäische Kommission hat am Anfang der Krise ab 2008 zum Beispiel darüber gesprochen, dass sie die Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften verringern will. Zuerst hat sie darüber gesprochen, dann hat sie es getan. Solche Strukturreformen gelten bis heute als Krisenmedizin nach dem Motto: **die Gewerkschaften eingrenzen und Wettbewerbsfähigkeit dazu gewinnen.**

Zusammen mit einigen nationalen Regierungen, zum Beispiel unter Rajoy in Spanien, wurden die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in Süd- und Südost-Europa in die Zange genommen, u.a. durch Einschränkungen in der Tarifautonomie, einseitig mögliche Lohnkürzungen, Abbau von Kündigungsrechten und Mitbestimmung.

Hat das was gebracht für Spanien, für Europa? Ich erinnere daran, dass in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin 55 Prozent beträgt. Wir sagen: Für die erfolgreiche Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss man Mittel bereitstellen,

da ist zum Glück etwas passiert, das langt aber nicht. Die betroffenen Länder müssen auch in der Lage sein, diese Mittel abzurufen. Und da gibt es einige Defizite. Es gibt eine weitere Voraussetzung: Erfolgreich kann das nur sein, wenn die Sozialpartner miteinander sprechen. Wenn das nicht funktioniert, weil sich die Regierenden verweigern, gibt es ein Problem. Das wird der Kollege Cerezo von der MCA-UGT nachher im ersten Panel mit Ihnen diskutieren wollen. Lieber Mariano, schön, dass wir dich in unseren Reihen begrüßen dürfen!

Die aktuelle Frühjahresprognose der Kommission ändert an meiner Einschätzung nichts: **die sogenannten Strukturreformen sind nicht die Ursache der leichten wirtschaftlichen Erholung in Europa**. Das angenommene Wachstum von 1,5 Prozent in der Eurozone in 2015 basiert auf einem niedrigen Ölpreis und einem schwachen Euro, was den Export fördert. Das hat doch nichts mit einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu tun!

Haben die Einschnitte bei den Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaftsrechten in den Krisenländern etwas gebracht? Und wenn ja, für wen? Die Frage wollen wir auch Herrn Kaufmann als Repräsentant der Europäischen Kommission stellen. Lieber Herr Kaufmann, wir bedanken uns, dass sie sich in dieser Debatte einbringen werden.

Die sogenannten „länderspezifischen Empfehlungen“ der Europäischen Kommission zeigen, was die Europäische Kommission mit Strukturreformen meint. Hier zeigt sich, mit welcher Dreistigkeit Errungenschaften der Gewerkschaften in Frage gestellt werden. Wie zum Beispiel die Tarifautonomie der Sozialpartner. Für Frankreich empfiehlt die Europäische Kommission dieses Jahr, mehr Optionen zu schaffen, um aus Tarifverträgen auszusteigen. Wie gesagt: Das empfiehlt kein Arbeitgeberverband. Das empfiehlt die Kommission. Ich sage: Das ist eine

Kampfansage. Für unsere Freunde in Frankreich. Und auch an uns. **Wir werden unsere französischen Kollegen und Kollegen nicht alleine lassen!**

Zweites Beispiel. Die Kommission hat letzte Woche angekündigt, die **Bürokratie abzubauen**. Das hört sich nach einer guten Idee an. Wer erinnert sich nicht an das geplante Ausschankverbot von Olivenöl aus offenen Kännchen. Das brauchen wir nicht, stimmt.

Aber: was sich da abspielt, was da geplant ist, ist ein unglaublicher Vorgang. Ein sogenannter Fitness-Check soll auch für die bestehenden europäischen Arbeitsschutzvorschriften kommen. Die Vorschriften sollen geprüft werden, ob sie geeignet sind, den Kosten-Nutzenanforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen zu genügen.

Bisher konnten wir die Europäische Union immer noch damit verteidigen, dass der europäische Arbeitsschutz eine Errungenschaft darstellt.

Wenn auch daran gedreht wird, bleibt nicht mehr viel. Schon jetzt fragen sich ja viele, warum unsere Gewerkschaft diese Europäische Union noch unterstützen soll. Wir wollen diese Debatte nicht, weil wir als IG Metall fest mit dem europäischen Gedanken verbunden sind. Aber wir haben rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen!

Ich frage Sie: Was bringt die Absenkung von Standards in der Arbeitssicherheit für die wirtschaftliche Erholung in Griechenland oder anderen Teilen Europas? Die Fragen müssen sich nicht nur der Rat, sondern auch die regierenden Parteien stellen lassen, und da interessiert mich zum Beispiel die Einschätzung von Dr. Martin Pätzold von der CDU/CSU Fraktion, den ich hiermit herzlich begrüße.

Noch eine kurze Bemerkung zu Griechenland. Ich muss schon sagen, was wir da nach den Wahlen in Griechenland erlebt haben, finde ich beispiellos. Normalerweise gibt man einer neuen Regierung etwas Zeit, sich einzuarbeiten. Das hat man Griechenland nicht zugestanden. Vielmehr wurde auf unerträgliche Weise – auch von der Bundesregierung - gegen die neue Regierung polemisiert. Das hat den deutsch-griechischen Beziehungen nicht gut getan. Da gab es ja einige Kritik an der Politik der Bundesregierung, zum Beispiel auch von den Linken.

Ich begrüße herzlich Alexander Ulrich, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Obmann im EU-Ausschuss. Er ist übrigens auch ein IG Metall Kollege, aus der Verwaltungsstelle Kaiserslautern. Lieber Alexander, schön, dass du da bist. Als Vertreter der Opposition im Bundestag hast du eine wichtige Rolle hier.

Das dritte Beispiel betrifft **TTIP** – das geplante transatlantische Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Für mich ist TTIP ein Beispiel dafür, wie im Fahrwasser eines Handelsabkommens die Gewerkschaften und die Beschäftigten in ihren Rechten eingegrenzt werden **könnten**. Wir werden heute Nachmittag unsere Befürchtungen direkt mit dem Chef-Unterhändler der Europäischen Kommission, Herrn Bercero, diskutieren können. Wir freuen uns, dass er sich dieser wichtigen Diskussion heute stellt. Vielen Dank, dass Sie hier sind.

Wir freuen uns auch über eine Stimme aus dem Betrieb, Torsten Jann von den John Deere-Werken in Mannheim. Und über Cansel Kitziltepe von der SPD-Fraktion. Vielen Dank.

Wir sind kritisch eingestellt gegenüber der Kommission, ja. Wir wollen aber im Gespräch bleiben – um gestalten zu können. Das geht nicht durch Verweigerung.

Das geht nur durch konstruktives Verhalten. So können wir unsere Ideen einer koordinierten Industrie- und Investitionspolitik in Europa am besten einbringen.

Einem Schlüsselthema bei der Überwindung der europäischen Krise. Eine neue Investitionspolitik wird ja auch im Juncker-Plan aufgegriffen, obwohl wir da noch einigen Bedarf der Nachbesserung sehen, sowohl bei den Instrumenten, als auch bei der finanziellen Ausstattung. Industrie- und Investitionspolitik wird heute Morgen im ersten Panel zur Sprache kommen.

Denn die Industrie ist ein wesentlicher Motor der Entwicklung auf unserem Kontinent und schafft Millionen Arbeitsplätze. Wenn wir unseren Industrien keine Impulse geben, müssen wir mit weiterer Abwanderung nach Asien sowie nach Nordamerika rechnen. Es geht nicht nur um Forschung und Entwicklung. Es geht um das Zusammenspiel von Forschung und Entwicklung **mit der Produktion**, das sind unsere Stärken.

Diese Impulse in Europa zu setzen, das geht nur gemeinsam. Nationale Alleingänge helfen angesichts der Megathemen Klimawandel, Ressourcenknappheit, Energiewende oder Digitalisierung nicht weiter.

Ich freue mich mit Ihnen und Euch zusammen, diese Debatten heute zu führen und bitte jetzt den Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, den **Kollegen Matthias Machnig**, zum Rednerpult, der die europäische Krisenpolitik aus Sicht des Ministeriums bewerten wird. Matthias, wir freuen uns auf Deinen Beitrag!